



## Inhalt Juli/August 2013

**Seite 1**  
**GENÇ-PREIS AN FÖRDERMITGLIED DES KUMPELVEREINS SEBASTIAN EDATHY VERLIEHEN**

Sebastian Edathy und Tülin Özüdoğru geehrt

**Seite 2**  
**WAS TUN GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG?**

Ein Blick in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl

**BUNDEJUGENDAUSSCHUSS DER JUNGEN NGG**

Kritik an der Bundesregierung und Spende für die Gelbe Hand

**Seite 3**  
**POLITIKWECHSEL ERFORDERLICH**

Pro-Asyl, Interkultureller Rat und DGB zur Bundestagswahl 2013

**WAHLKAMPF NICHT AUF DEM RÜCKEN VON MINDERHEITEN**

Gemeinsame Erklärung gesellschaftlicher Organisationen zur Bundestagswahl

**FÖRDERMITGLIED DES KUMPELVEREINS IST DIE NEUE NIEDERSÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE FÜR MIGRATION**

Doris Schröder-Köpf in ihr neues Amt eingeführt

**Seite 4**  
**NEUE FÖRDERMITGLIEDER KUMPELVEREIN ZU GAST BEIM NIEDERSACHSENFEST JUGENDKONFERENZ DER IG BCE**

„Jetzt übernehmen wir!“



## GENÇ-PREIS AN FÖRDERMITGLIED DES KUMPELVEREINS SEBASTIAN EDATHY VERLIEHEN

Sebastian Edathy und Tülin Özüdoğru geehrt



Sebastian Edathy und Tülin Özüdoğru mit Giovanni Pollice nach der Preisverleihung

Am 25. Juni 2013 wurde in Berlin der diesjährige Genç-Preis für Hoffnung und Versöhnung verliehen. Preisträger sind der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags, Sebastian Edathy, und Tülin Özüdoğru, die Tochter von Abdurrahim Özüdoğru, der am 13. Juni 2001 in seiner Änderungsschneiderei in Nürnberg von Mitgliedern des rechtsextremen NSU ermordet wurde.

Sebastian Edathy, der auch Fördermitglied des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ist, verwies in seiner Rede zum Dank für die Auszeichnung darauf, dass gegenüber den Opfern der rechten Terrorzelle zwei wesentliche Kernversprechen des Rechtsstaates gebrochen worden seien: das Recht auf Schutz vor Verbrechen unabhängig von der Herkunft und das Recht auf objektive Aufklärung

durch die staatlichen Stellen. Deshalb habe der Untersuchungsausschuss die Aufgabe, die Fehler der Sicherheitsbehörden „schonungslos“ aufzuklären. Hierbei gehe es um „die Frage der demokratischen Selbstachtung unserer Republik als Ganzes“.

Die Dankesrede von Tülin Özüdoğru führt den Anwesenden vor Augen, was die Angehörigen der Opfer durchgemacht haben. Es ist nicht nur der Verlust des Vaters – sie war damals 17 Jahre alt. Die ermittelnden Behörden säen Misstrauen, das Wurzeln schlägt. Tülin und ihre Mutter werden gemieden, Freunde machen sich rar. Und doch gibt sie nicht der Gesellschaft an sich eine Schuld. Sie ist hier geboren, es ist ihr Land, ihre Heimat. Sie liebe dieses Land. Ein Zeichen, dass auch sie von diesem Land geliebt werde, vermisse sie aber bis heute. Er habe bis heute

nie erlebt, dass nach einer kurzen Rede von gerade einmal zehn Minuten alle Anwesenden Tränen in den Augen haben, sagt Giovanni Pollice, der die Glückwünsche des Kumpelvereins an die Preisträger überbrachte. Es waren wohl gleichermaßen Tränen des Mitgefühls und Tränen der Scham, dass solche Morde in Deutschland geschehen konnten und die Opfer dann auch noch verdächtigt wurden, in kriminelle Machenschaften verstrickt zu sein. Und wenn hartgesottene Politikerinnen und Politiker wie Bundestagspräsident Norbert Lammer, Schirmherr des Genç-Preises, SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, parteiübergreifend emotional aufgewühlt sind, kann man schon die Hoffnung haben, dass die im Bundestag vertretenen Parteien trotz Wahlkampf und Alltags-Hickhack sich darin einig sind, dass so etwas wie die NSU-Morde nie mehr passieren dürfen und entsprechend Vorkehrungen getroffen werden.

Nachdem man sich in Berlin ausgetauscht hatte, schrieb Tülin Özüdoğru an den Kumpelverein:

„... meine Hochachtung, dass ihr seit über 25 Jahren gegen Rechts-Extremismus kämpft und viele wunderbare Projekte organisiert. An dem Tag habe ich sofort die Gelbe Hand an mein Kleid angebracht und bei Veranstaltungen/ Verhandlungen werde ich sie ab jetzt immer bei mir haben und auf meinem Herzen tragen.“

Ich habe es auch in meiner Rede gesagt ‚es gab Menschen die zu Enttäuschungen wurden, aber dann wurden neue Menschen zu meinen wahren Freunden‘. Ich habe mir eure Seite angeguckt und bin begeistert von euch.“

# WAS TUN GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG?

## Ein Blick in die Wahlprogramme zur Bundestagswahl

Wenig Anlass zu Initiativen in diesem Themenkomplex sehen die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Sie begnügen sich weitgehend mit dem Verweis auf den Nationalen Aktionsplan Integration. Bei der FDP heißt es: „Mit dem Nationalen Aktionsplan Integration und dem Instrument der Integrationsvereinbarung zeigen wir, wie wir diesen Weg zum Miteinander in unserer Gesellschaft weiter gehen wollen.“ Der Integrationsplan sieht zwar unter anderem vor, die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zu verbessern, die Quote von Migranten im öffentlichen Dienst zu erhöhen, die individuelle Förderung junger Migranten und Migrantinnen zu verbessern. Auch Gesundheitsversorgung und Pflege von Migrantinnen sind Thema. Doch gerade Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung fehlen in diesem Aktionsplan weitgehend. CDU/CSU setzen laut Wahlprogramm „weiterhin auf eine kon-

sequente Politik des Forderns und Förderns. So bauen wir Integrationsversäumnisse und -mängel weiter ab. Unser Fahrplan dafür ist der Nationale Aktionsplan Integration.“ Das Thema „Schutz“ taucht im Wahlprogramm fast nur eindimensional auf – nämlich der Schutz vor Migrantinnen und Migranten, sei es im Zusammenhang von Asylmissbrauch, Integrationsverweigerern oder Straftätern. Für die SPD führt der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit über die Stärkung der Zivilgesellschaft: „Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln.“ Dies sei eine „gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe“, die eines abgestimmten Aktionsplanes bedarf, die „Extremistenklausel“ werde abgeschafft und eine unabhängige Monitoringstelle müsse einge-

richtet werden, „die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet“.

Ähnlich sehen das die Grünen. Auch sie fordern ein mit 50 Millionen Euro ausgestattetes, zukunfts festes „Programm gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Als notwendig erachten sie dabei eine verstärkte Aufklärung und Demokratieverziehung im frühkindlichen Alter, aber auch in der Schule und der Erwachsenenbildung. Es benötige Hilfestellungen, wie man rechter Unterwanderung entgegentreten könne und ein flächendeckendes Angebot zur Opferberatung. Aussteigerprogramme sollten gestärkt werden und die deutsche Sicherheitsarchitektur müsse dringend umgebaut werden. In diesem Zusammenhang müssen Justiz und Polizei stärker

für Diskriminierung und Intoleranz sensibilisiert werden und sich interkulturell öffnen, nur so könne der institutionelle Rassismus bekämpft werden. Auch die Grünen fordern das Ende der „Extremistenklausel“.

Die Linke will ebenfalls ein Bildungsprogramm gegen Rassismus stärken, die Geheimdienste und den Verfassungsschutz abschaffen und stattdessen eine unabhängige Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus“ einrichten. Die Linke erachtet den Kampf gegen die „Prekarisierung“ als besten Ansatz gegen Fremdenfeindlichkeit: „Soziale Ausgrenzung und die Entsicherung der Lebensverhältnisse sind auch der Nährboden, auf dem faschistische Politik wachsen kann. Eine wirksame Politik dagegen muss bei diesen Grundlagen ansetzen.“ Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ist aus ihrer Sicht ein Kampf gegen soziale Not.

## BUNDESJUGENDKONFERENZ DER JUNGEN NGG

### Kritik an der Bundesregierung und Spende für die Gelbe Hand



Bundesjugendausschuss der NGG. Die junge NGG wirbt und spendet für die Gelbe Hand

Vom 19. bis 21. April 2013 tagte im hessischen Gladenbach die 16. Bundeskonferenz der jungenNGG, der Jugendorganisation der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Rund 130 Delegierte und Gäste diskutierten unter dem Motto „Einen Schritt voraus Richtung gutes Le-

ben“ die Politik der jungenNGG für die nächsten Jahre. Neben Fragen von guter Arbeit und Ausbildung war auch die Frage Kampf gegen Rechts ein Thema. In einem Beschluss wurde darauf verwiesen, dass die Bundesregierung einerseits ein Engagement gegen Rechts für

wichtig erachte, andererseits aber entsprechende Programme finanziell austrocknet. Für den Bundeshaushalt 2013/ 2014 gab es eine „gravierende Änderung“ – so der Beschluss. „Die Bundesministerin Schröder hat jede Einwendung der Verhandlungspartner zurückgewie-

sen, um eine Ermächtigung für die Weiterfinanzierung der Projekte gegen Rechtsextremismus direkt mit zu verankern. Das bedeutet, dass die Weiterfinanzierung der Projekte ab 2014 nicht sichergestellt ist und ganz von vorne verhandelt werden muss. Die SPD hat in einer Pressemitteilung die Befürchtung geäußert, dass ab 2014 nur noch 26 Prozent der Programme überleben und 74 Prozent (entspricht 22 Millionen des bewilligten Haushaltes) nicht weitergeführt werden. In Zeiten, wo laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung die Ausländerfeindlichkeit von 21,2 Prozent auf 25,1 Prozent in Gesamtdeutschland und in Ostdeutschland sogar alarmierende Werte von 38,7 Prozent gestiegen ist, muss sich die Bundesregierung verstärkt auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus einsetzen.“

Die jungeNGG macht der Regierung schon mal vor, wie man im Rahmen der eigenen Möglichkeiten das Engagement gegen Rechts auch finanziell unterstützen kann. Auf der Konferenz wurde beschlossen, den Erlös einer Getränke spende der Gelben Hand zukommen zu lassen. Der Betrag von 1.000 Euro wurde überwiesen.

# POLITIKWECHSEL ERFORDERLICH

## Pro Asyl, Interkultureller Rat und DGB zur Bundestagswahl 2013

In einem Positionspapier zur Bundestagswahl fordern Pro Asyl, der Interkulturelle Rat in Deutschland und der Deutsche Gewerkschaftsbund einen Politikwechsel in der Einwanderungs-, Aufenthalts- und Flüchtlingspolitik sowie bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Mitte Juni wurde das Papier in Berlin vorgestellt.

Der Diskriminierungsschutz müsse ausgeweitet und verstärkt werden: Die Reichweite des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist auf den Bildungsbereich und andere Felder staatlichen Handelns auszuweiten, so die drei Organisationen. Daneben müsse das AGG um eine umfassende Möglichkeit der Verbandsklage erweitert und

die Frist zur Anzeige auf 12 Monate verlängert werden. Die Beweislast vor Gericht – durch Anbringung von Indizien – soll dem Papier zufolge auf den Beklagten übergehen. Schließlich fordern die Organisationen eine bessere finanzielle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), damit sie arbeitsfähig ist. Beim Flüchtlingschutz steht die freie Einreise Schutzsuchender in die EU im Vordergrund. Rückführungsabkommen, Zurückweisung und Einreiseverweigerungen müssten der Vergangenheit angehören. Ebenso sollten die Zahl der Kontingentflüchtlinge ausgeweitet und die Inhaftierung von Flüchtlingen beendet werden.

Ein weiterer Punkt. Die aufenthaltsrechtlichen Hemmnisse zur Partizipation in Arbeitswelt und Gesellschaft müssen abgebaut werden. Dies kann über die Möglichkeit eines Daueraufenthalts für alle Migrantengruppen erreicht werden. Dabei muss allen der Zugang zu Integrationsmaßnahmen ermöglicht werden. Für das geforderte transparentere Zuwanderungsverfahren soll ein System zur menschenrechtlichen und kriterienbezogenen Erteilung einer Daueraufenthaltslaubnis – sprich Punktesystem – geschaffen werden.

Grenzüberschreitender Arbeitseinsatz dürfe nicht länger zu Lohndumping führen. Deshalb sei ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Kontrolle der Unternehmen und eine

verstärkte Haftung der Auftraggeber bei Verstößen durchzusetzen. Auch grenzüberschreitend eingesetzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigten Zugang zu Beratung, einem festen Aufenthaltsstatus und den Zugang zu Integrationsmaßnahmen.

Das Positionspapier gibt es in einer Lang- und in einer Kurzfassung. Es ist auf den Internetseiten der beteiligten Organisationen veröffentlicht. Heruntergeladen werden kann es z. B. unter

<http://www.dgb.de/presse/+++co++00859596-d3ff-11e2-8d34-00188b4dc422?t=1> (Kurzfassung)

<http://www.dgb.de/presse/+++co++9977090c-d363-11e2-a77e-525400808b5c?t=1> (Langfassung)

# WAHLKAMPF NICHT AUF DEM RÜCKEN VON MINDERHEITEN

## Gemeinsame Erklärung gesellschaftlicher Organisationen zur Bundestagswahl

Der DGB und das Bündnis „Netz gegen Rassismus“ fordern die Parteien im Wahlkampf zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit Migration und Integration auf. „Respekt und Vielfalt gehören zu den Grundwerten unserer demokratischen Gesellschaft“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, die von 22 Organisationen und Verbänden unterzeichnet

wurde. „Auch in Wahlkampfzeiten gilt: Zur Bewältigung ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme ist eine sachliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung über die besten Wege erforderlich und nicht eine Debatte, in der Sündenböcke gesucht werden und die auf dem Rücken von Minderheiten geführt wird.“

Zu den Unterzeichnern zählen u. a. Michael Sommer (DGB), Romani Rose (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma), Dieter Graumann (Zentralrat der Juden in Deutschland), Aiman A. Mazyek (Zentralrat der Muslime in Deutschland) und Jürgen Miksch (Interkultureller Rat).

Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Die Unterzeichner der Erklärung

verurteilen alle Versuche, durch verkürzte Forderungen oder mit Pauschalzuschreibungen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Dies gilt unabhängig davon, ob sie von rechtsextremen Parteien oder von Kandidatinnen und Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien ausgehen.“

# FÖRDERMITGLIED DES KUMPELVEREINS IST DIE NEUE NIEDERSÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE FÜR MIGRATION

## Doris Schröder-Köpf in ihr neues Amt eingeführt



Doris Schröder-Köpf nach ihrer Amtseinführung mit dem Vorsitzenden des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, sowie Alpetkin Kirci, Leiter des Verbindungsbüros der Staatskanzlei zur Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe und Fördermitglied des Kumpelvereins (links) und Martin Sieber vom Kumpelverein (rechts).

Am 22. Juni 2013 wurde die niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Doris Schröder-Köpf in ihr neues Amt als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe eingeführt. Ins Haus der Landesregierung in Hannover hatte Ministerpräsident Stephan Weil eingeladen. Eine der ersten Aufgaben der Frau des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder ist die Begleitung des Abschlusses eines Staatsvertrags mit dem Landesverband der Muslime in Niedersachsen. Schröder-Köpf unterstrich in ihrer kurzen Ansprache, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei: „Deutschland hat sich sehr verändert und das ist zum Vorteil des Landes.“

Lob gab es von Ministerpräsident Stephan Weil. Er könne sich keine bessere Anwältin für Migrantinnen und Migranten vorstellen. Als er das in die Kameras sagt, ist am Revers seines Jacketts unverkennbar die Gelbe Hand zu sehen. Doris Schröder-Köpf, die auch Fördermitglied des Kumpelvereins ist, rief ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger in Niedersachsen dazu auf, Flüchtlinge, die ins Land kommen und traumatische Erlebnisse hinter sich haben mit offenen Armen zu empfangen. Der Vorsitzende, Giovanni Pollice, überbrachte die Glückwünsche des Kumpelvereins, gleichzeitig wünschte er ihr viel Glück bei der Bewältigung der neuen Aufgabe.

## Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Olaf Lies**, ver.di, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hannover; **Irene Pasternak**, GEW, Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Essen; **Michael Rüter**, IG BCE, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund, Berlin; **Dorothea Schäfer**, GEW, Landesvorsitzende NRW, Düsseldorf; **Maximilian Schmidt**, IG BCE, MdL Niedersachsen, Winsen (Aller)

An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- Süleymann Ates**, GEW, Mitglied des Stadtverband Köln und Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten, Köln
- Cavit Ates**, Unternehmer, Essen
- Dietmar Bartsch**, IG BCE, Vorsitzender der Ortsgruppe Re-Mitte, Recklinghausen
- Wolfgang Blossley**, IG BCE, Bezirksleiter Hannover, Hannover
- Ansgar Claes**, IG BCE, Abteilungsleiter Arbeits- und Sozialrecht, HV Hannover
- Jan Duscheck**, ver.di, Jugendsekretär beim Bundesvorstand, Berlin
- Alexandra Dzaack**, Hannover
- Cevat Dönmez**, IG Metall, Leiter Personalstrategie Fa. WABCO, Hannover
- Paola Fabbri Lipsch**, Beauftragte für Integration und Vielfalt der Stadt Neu-Isenburg
- Marion Hackenthal**, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin Landesbezirk Rhl.-Pfalz/Saar, Mainz
- Oliver Heinrich**, IG BCE, Bezirksleiter Berlin-Mark Brandenburg, Berlin
- Ralf Hermwapelhorst**, IG BCE, Bezirksleiter Cottbus, Cottbus
- Norman Ilseman**, persönlicher Referent von Doris Schröder-Köpf MdL, Hannover
- Jörg Kuhlmann**, GEW, Vorsitzender des Stadtverbandes Essen, Essen
- Hasan Kurtulus**, Geschäftsführer Fa. KURT Zeitarbeit, Lehrte
- Olaf Lies**, ver.di, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hannover
- Detlef Lüke**, IG BCE, Leiter des Bildungszentrums Haltern am See, Essen
- Irene Pasternak**, GEW, Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Essen
- Dieter Pougin**, IG BCE, Referent beim DGB Bundesvorstand, Berlin
- Gerd Ribbeheger**, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Evonik Industries Gemeinschaftsbetrieb Marl, Vorsitzender der Ortsgruppe Haltern am See, Haltern
- Michael Rüter**, IG BCE, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund, Berlin
- Önder Satici**, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Michelin Reifenwerke, Bad Kreuznach
- Dorothea Schäfer**, GEW, Landesvorsitzende NRW, Düsseldorf
- Maximilian Schmidt**, IG BCE, MdL Niedersachsen, Winsen (Aller)
- Ann-Catrin Schneider**, EVG, Vorsitzende der DGB Jugend Dortmund, Dortmund
- Stefan Schostok**, IG BCE, Kandidat bei der Wahl des Oberbürgermeister von Hannover, Hannover
- Dennis Schwetje**, IG BCE, Projektsekretär in der Abteilung Jugend, HV Hannover
- Frank Steinwender**, ver.di, DGB Technologieberatungsstelle NRW, Dortmund
- Detlef Stutter**, IG BCE, Bezirksleiter Mannheim, Mannheim
- Dursun Tan Dr.**, ver.di, Referatsleiter Grundsatzfragen und Koordinierung Migration und Teilhabe bei der Niedersächsischen Staatskanzlei, Hannover
- Konstantin Tsatsakis**, IG BCE, Mitglied der Ortsgruppe Bad Friedrichsall
- Karlheinz Völkel**, IG BCE, freigestelltes BR-Mitglied, Fa. Evonik Industries Gemeinschaftsbetrieb, Marl
- Roger Zwiehoff**, ver.di, ACE Regionalbeauftragter Club NRW, Dortmund

**Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!**

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

**Wir sind für jeden Beitrag dankbar!**

Vielen Dank  
Giovanni Pollice  
Vorsitzender



Am 24. Juni 2013 hatte die Landesvertretung Niedersachsens beim Bund in Berlin zum Niedersachsenfest eingeladen. Erstmals unter den Eingeladenen war auch der Kumpelverein. Staatssekretär Michael Rüter, Leiter der Landesvertretung (hier zusammen mit Giovanni Pollice und Martin Sieber) hatte dafür gesorgt, dass alle die, die ca. 2.500 Gäste bedienten, eine Gelbe Hand angesteckt hatten. Bei der Gelegenheit unterschrieb Michael Hüter die Fördermitgliedschaft beim Kumpelverein.

## JUGENDKONFERENZ DER IG BCE

„Jetzt übernehmen wir!“

Im Mai 2013 traf sich die IG BCE-Jugend zur Bundesjugendkonferenz in Hannover. Die wichtigen Themen: Ausbildung Energiewende, Zukunft. Es waren rund 300 junge IG-BCE-Mitglieder aus ganz Deutschland zur 5. ordentlichen Bundesjugendkonferenz vom 16. bis 20. Mai 2013 nach Hannover gereist, um politische Ideen zu diskutieren – und durchzusetzen. „Jetzt übernehmen wir!“, lautete das Motto der Konferenz. Der Leitspruch symbolisierte zum einen die Bereitschaft der Jugend, sich innerhalb der Gewerkschaft einzubringen, zum anderen zielte er auf das Kernanliegen der Konferenz ab: die unbefristete Übernahme der Auszubildenden. Die Beschlüsse werden weitergeleitet an die zuständigen Gremien der IG BCE und beeinflussen so die Richtung der gesamten Gewerkschaft. Dabei ging es um eine breit gefächerte Themenpalette: vom demografischen Wandel über Bildungspolitik bis zur Energiewende. Mit großer Einigkeit beschlossen die Delegierten auch die Forderung nach einem NPD-Verbot. Auch der Kumpelverein war mit seinem Stand präsent und konnte 13 neue Fördermitglieder gewinnen.

### Impressum:

#### HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

#### VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE  
Volker Roßocha, DGB  
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk  
Holger Vermeer, IG BAU

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

#### KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

#### FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211-4301 193  
E-Mail: info@gelbehand.de

#### WEB

www.gelbehand.de  
www.facebook.de/gelbehand

#### PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf  
Internet: www.setzkasten.de  
Tel.: 0211/40 800 900